

Freiheit : eine deutsche Idee?

Autor(en): **Baader, Roland**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **80 (2000)**

Heft 6

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166285>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Roland Baader

FREIHEIT: EINE DEUTSCHE IDEE?

Freiheit: eine «deutsche Idee»? – Ist nicht viel eher Sozialismus eine «deutsche Idee»? Bei genauerem Hinsehen ist auch das nicht richtig. Weder das eine noch das andere, weder die Freiheit noch die Unfreiheit in Form des Sozialismus sind originär deutschen Ursprungs.

Was sich im 18. und 19. Jahrhundert an neuen Ideen von persönlicher Freiheit, Selbstbestimmung, Menschenrechten, Demokratie und Parlamentarismus regte, kam aus dem Westen, vorwiegend aus den USA und Grossbritannien; zum geringeren Teil aus Frankreich, jedenfalls was den Inhalt und die Qualität der Gedanken betraf; der Wirkungskraft nach war es der grössere Teil, denn die Fanfaren der Französischen Revolution hallten natürlich lauter über den Kontinent als die Parolen der fernen Revolution jenseits des Atlantiks und die eher leisen Töne von jenseits der Nordsee.

«An der Ausarbeitung des grossen, das Denken über Gesellschaft, Wirtschaft und Staat (...) umgestaltenden Systems der neuen Ideen (von Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenrechten)», schreibt Ludwig von Mises in einem Manuskript aus den Jahren 1938/39 (1978 posthum veröffentlicht unter dem Titel «Im Namen des Staates»), «haben keine Deutschen teilgenommen. Die Philosophen, Nationalökonomien und Soziologen, die es erdacht haben, schrieben in englischer und französischer Sprache. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts treten mit Gossen und mit Carl Menger erstmals auch deutsche Denker in den Wissenschaften vom menschlichen Handeln hervor. Im 18. Jahrhundert haben es die Deutschen nicht einmal zu lesbaren Übersetzungen der grossen Engländer, Schotten und Franzosen gebracht. Was die deutsche idealistische Philosophie über gesellschaftliche Dinge zu sagen wusste, erscheint ärmlich, wenn man es mit dem zeitgenössischen englischen und französischen Schrifttum vergleicht.» (S. 23)

Gleichwohl wurden die Ideen von Freiheit und Menschenrecht, die da aus dem Westen herüberwehten, von den gebildeten Schichten in Deutschland begeistert aufgenommen. Die Werke der Klassiker sind erfüllt von ihnen, und Friedrich Schiller wurde ihr lautestes und gehaltvollstes Sprachrohr. Obwohl Bücher und Theater der grossen Masse der Bevölkerung fremd blieben, gewann doch der Liberalismus

in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf deutschem Boden immer mehr Anhänger. «Schiller», schreibt Mises, «wurde zum grossen Nationaldichter. In Schillers Freiheitsdichtung fand das deutsche Volk sein politisches Ideal (...) In seiner Hingabe an die Ideen Schillers war das deutsche Volk damals einig.» (S. 27)

Dennoch muss man feststellen, dass die Zahl der Freiheitsdenker angesichts der grossen Phalanx an philosophisch-literarischen Grössen, die den Deutschen den Ruf eines Volkes der Dichter und Denker eintrug, klein geblieben ist. Ganz ähnlich wie später beim sogenannten «politischen Liberalismus». Wer die Bücher von Gerd Habermann, «Der Wohlfahrtsstaat», und von Ralph Raico, «Die Partei der Freiheit» gelesen hat, weiss, dass man mit gutem Gewissen eigentlich nur den «geliehenen» Deutschen John Prince Smith und Eugen Richter mit Nachdruck als grosse Liberale nennen kann. Schon bei Ludwig Bamberger ist ein Fragezeichen angebracht – und bei Friedrich Naumann mehr als nur ein Fragezeichen.

Auch der Sozialismus-Kommunismus ist trotz Karl Marx keine originär deutsche Idee. Es handelt sich bei dieser Ideologie um verdorbene Früchte, deren Saat ursprünglich auf französischem – und zum Teil auch englischem Boden ausgebracht worden war.

Der deutsche Hang zur Romantik

Wenn man sich auf die Suche begibt, um im geistesgeschichtlichen Kanon Europas eine genuin oder hauptsächlich deutsche Idee zu finden, so bietet sich am ehesten noch die Romantik an. Sie ist eine (fast) rein deutsche Idee. Leider ist der Begriff und seine ideologische Zuordnung so widersprüchlich und unscharf, dass es fraglich bleibt, ob seine Verwendung im Zusammenhang mit Kategorien der Staats- und Gesellschaftstheorien überhaupt zulässig ist – oder ob er nicht besser auf die Klassifizierung einer literarischen Schule beschränkt bleiben sollte. Fest steht, dass angesichts der napoleonischen Bedrohung einige

der Romantik zugeordneten Literaten und ihre Werke im Kontext mit den Lehren von der Gesellschaft und vom Staat zu betrachten sind. Es gibt sogar eine sogenannte «romantische Staats- und Gesellschaftslehre», deren Hauptvertreter Adam Müller (1779–1829) war. Wir stossen bei ihr auf Vorläufer einer Usurpierung des Staatsbegriffs: «*Der Staat als höchste Form des objektiven Geistes.*»

Müller erkannte die gedankliche Trennung von Staat und Gesellschaft nicht an und führte die Staatlichkeit auf Gott zurück. Die aufkommenden Menschenrechtsforderungen nannte er «*ein unbestimmtes, namenloses, philanthropisches (...) und für den Verbrecher appetiertes Unwesen.*» Und die mit dem Beginn des industriellen Zeitalters langsam aufkommende Arbeitsteilung nennt er eine «*lasterhafte Tendenz*», welcher er sein Bild von einem «*kugelrunden Gebiet*» entgegenstellt, das jedem Menschen als Wirkungskreis zustehe. Und wie das Leben des Einzelnen, so sei auch das Leben der Gemeinschaften und schliesslich auch des Staates solch ein «*kugelrundes Gebiet*» von durchaus personalem Charakter.

Die Romantik stellt, auch ideengeschichtlich, zusammen mit der Philosophie des deutschen Idealismus, den (durchaus als grossartig zu bezeichnenden) Versuch dar, nach dem Zusammenbruch der europäischen Tradition in der Französischen Revolution noch einmal eine geistige Einheit des Abendlandes zu entwerfen. Und wenn man sie mit dem geistigen Niedergang in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit seiner Verödung im Positivismus und Materialismus kontrastiert, wird man ihr erst recht einigen «romantischen» Respekt zollen müssen.

Etatismus – der Glaube an den Staat

Doch wenn es überhaupt so etwas gibt wie den herausragenden Wesenszug eines Volkes, dann ist es bei den Deutschen wohl ein Hang zur Romantik. Früher konnte man das an der weiten Verbreitung des deutschen Märchenschatzes erkennen, nach dem Zweiten Weltkrieg an den Filmen vom Förster im Silberwald, und heute an den astronomischen Auflagenhöhen der rund zwei Dutzend Frauenzeitschriften für den Schneewittchen-Geschmack. Typisch für Romantiker ist das Phänomen, dass sie die nüchterne Realität nicht zur Kenntnis nehmen wollen und deshalb auch nichts oder wenig aus schlechten Erfahrungen lernen. So haben die Deutschen auch weder aus den Erfahrungen mit dem braunen Sozialismus noch aus denen mit dem roten Sozialismus auf ihrem eigenen Boden viel gelernt. Bezüglich des braunen boomt noch heute der einschlägige Büchermarkt, und die DDR-Nostalgie ist eine Wachstumsbranche.

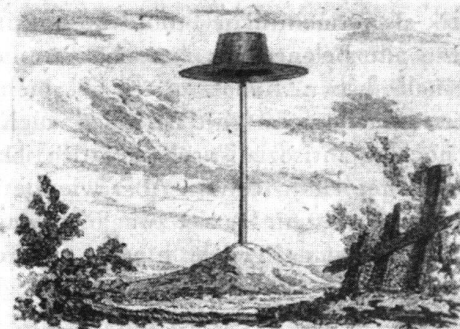
Ein geistesgeschichtliches Phänomen kann mit guten Gründen als typisch deutsch bezeichnet wer-

Geschichte des Abfalls der Vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung.

Herausgegeben

von

Friedrich Schiller.



Erster Band.

Leipzig,

bey Siegfried Lebrecht Crusius,
1788.

Titelseite des ersten Bandes von Friedrich Schillers «Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung». Leipzig 1788. Ein zweiter Teil erschien nicht. Schiller schrieb dazu: «Zur Vignette hätte ich gern ein Emblem der republikanischen Freiheit gehabt ... Ich wünschte darin zerschiedenes ausgedrückt: 1) Freiheit des Staats, 2) Ausrottung des Papsttums, 3) Schifffahrth und Handel, 4) das Wappen der Republick welches zugleich Zeichen der Eintracht ist, sieben zusammengebundene Pfeile. 5) Sinnbilder des Kriegs. Diese 5 Begriffe müssten alle auf eine einfache ungekünstelte Art in der Composition verbunden werden. Geht es aber nicht an, so nimmt man das blosse Sinnbild der Freiheit: einen Hut, welcher mit einigen passenden Nebenzierrathen verbunden wird» (Friedrich Schiller an Siegfried Lebrecht Crusius, 4. März 1788).

den: der Etatismus. Dieser Begriff scheint mir als übergeordneter ideologietheoretischer Terminus viel geeigneter zu sein als das Mosaik aus monarchischem Patriarchalismus, Kathedersozialismus, preussischem Beamtensozialismus, Historismus und Nationalismus, mit dem man sonst das Deutschland des 19. Jahrhunderts nachzuzeichnen versucht.

Es gibt derzeit in Deutschland viele Konservative und – trotz Mauerfall und weltweitem Zusammenbruch der sozialistischen Reiche – viele, viele Sozialisten. Aber die meisten Deutschen sind entweder

eine Mischung aus beidem – oder gar nichts; wobei ich unter «gar nichts» so eine Art «Bildzeitungs»-Ideologie (oder, wenn es um die sogenannten gebildeten Schichten geht, so eine Art «Spiegel»- oder «Focus»-Ideologie) verstehe. Was es in Deutschland nicht gibt, sind Liberale (echte Liberale, also entweder Klassisch-Liberale oder Radikalliberale im Sinne des Libertarianismus).

Ich habe lange geglaubt, dass die Konservativen für uns Liberale wenigstens als Verbündete gegen alle roten, rosaroten und rot-grünen Freiheitsfeinde taugen. Aber ich muss mehr und mehr erkennen, dass dem nicht so ist. Denn Sozialismus und Konservatismus sind zwei Varianten des Glaubens an den Staat und zwei Spielarten des totalen Anspruchs an die Politik als vermeintliche Problemlösungsinstanz für nahezu alle Belange des menschlichen Lebens. Und deshalb haben Konservative viel mehr mit Sozialisten gemeinsam als mit Liberalen, auch wenn sie sich noch so antisozialistisch gebärden. Dass sie keine Sozialisten sind, stimmt. Aber wie die Sozialisten sind sie Etatisten. Das ist zwar nicht dasselbe, aber es kommt auf das gleiche hinaus, nämlich auf Unfreiheit, Zwang, Abhängigkeit und totale Politisierung des gesamten Lebens der Bürger.

Etatismus und Sozialismus

Es stellt sich die Frage, was eigentlich die Quellen der Staatsgläubigkeit, die tieferen Ursachen der Staatsüberhöhung sind – und damit auch (in relativ grossen Überlappungen) die psychologischen Quellen des Sozialismus und des Totalitarismus. Es lassen sich meines Erachtens fünf Hauptkräfte festmachen, welche – wie gesagt – auch die enge Verwandtschaft zwischen Etatismus und Sozialismus beleuchten:

Erstens: Ein frühgeschichtlicher, genetisch tief verankerter Atavismus aus der historisch längsten Entwicklungszeit des Menschengeschlechts, der dazu führt, dass wir (noch immer) die Verhaltens- und Organisationsmuster der Horde und des Stammes auf die grosse, anonyme, arbeitsteilige und offene Gesellschaft übertragen wollen. Ein Aspekt, den *Friedrich A. von Hayek* mit seiner «Zwei-Welten-Theorie» umfassend herausgearbeitet hat.

Zweitens: Die Gleichsetzung oder Verwechslung von Staat und Gesellschaft sowie von Staat und Wirtschaft. Die Vorstellung also, der Staat *sei* das gesellschaftliche und das ökonomische System. In Wirklichkeit aber *hat* ein Staat ein gesellschaftliches und ökonomisches System – und soweit es sich um ein freies Wirtschaftssystem handelt, ist dieses älter als jede organisierte Staatlichkeit.

Drittens: Die Vorstellungen von einer «umverteilenden Gerechtigkeit», die nur der Staat durchsetzen könne. Diese Vorstellung hat ihrerseits wieder viele

Ursachen, darunter auch nicht zuletzt die des unter *erstens* genannten Atavismus.

Viertens: Allgemein verbreitete Vorstellungen von Gesellschaft und Wirtschaft als Organisationen im Sinne eines militärischen Verbandes oder einer hierarchisch gegliederten Unternehmung. Diese Idee spricht zwei Menschentypen an: Diejenigen, die führen und befehlen wollen, und diejenigen, die – von eigener Verantwortung befreit – geführt werden wollen. Das Fatale hieran ist, dass diese beiden Menschengruppen zusammengenommen nahezu 100 Prozent der Menschheit ausmachen.

Fünftens: Die vielleicht wichtigste Ursache des Etatismus. Sie wurde meisterlich beschrieben von *Ludwig von Mises*. «Die Gebildeten und weite Schichten der Halbgebildeten hatten im 19. Jahrhundert den Glauben an den Gott des Alten und des Neuen Testaments verloren. Mit dem Glauben an Gott schwand auch die Ehrfurcht vor den Königen von Gottes Gnaden; sie hatten sich nur allzumenschlich erwiesen. Man wendete sich dem neuen Gotte zu, den der Etatismus verkündete.» «Der Etatist sagt ganz allgemein «Staat», doch er meint immer nur den Staat, dessen Regierung genau das tun wird, was er, der einzelne Etatist, für richtig hält. Darum kann auch keine Erfahrung seinen Köhlerglauben erschüttern. Das Übel hat eben eine Regierung verschuldet, die nicht nach seinem Willen, daher falsch gehandelt hat. Die richtige Regierung des wahren Staates, wie er ihn sich denkt, wird das verwirklichen, was richtig ist.» («Im Namen des Staates», S. 88 f.)

Man erkennt aus diesen Sätzen unschwer, dass sie noch heute auch für alle gelten, die sich Konservative nennen, denn in politischen Diskussionen werden sich diese – nichtsozialistischen – Mitbürger stets für eine *andere*, eine *bessere* Politik einsetzen sowie für *andere*, *bessere* Politiker oder *andere*, *bessere* Parteien und Parteistrukturen, während die Liberalen (die *echten* Liberalen) wissen, dass die diesbezüglich einzig wirksame Freiheitsforderung lauten muss: Weniger, viel weniger Politik – bis hin zu gar keiner Politik.

Gottesglaube als Alternative zum Staatsglauben

Die hier von *Mises* geschilderte Problematik geht jedoch meines Erachtens noch viel weiter als *Mises* zum Ausdruck bringen wollte, denn für den Agnostiker *Mises* war die geschilderte Entwicklung ein Fortschreiten von einem Fundamentalismus, dem christlichen nämlich, zum anderen, dem etatistischen. Für mich stellt sich der Zusammenhang anders dar, und zwar als ein unausweichliches Entweder-Oder. Die meisten stringent Liberalen glauben, auf das Entweder ebenso verzichten zu können wie auf das Oder, auf die christlichen Glaubensgrundlagen ebenso wie auf den Staat. Es stimmt zwar, und da bin ich als

erklärter Klassisch- bis Radikalliberaler mit meinen Freiheitsfreunden einig, dass es kein Problem gibt, das vom Markt und in der freien Kooperation freier Bürger nicht besser gelöst werden könnte als vom Staat; viel besser, viel effizienter, viel friedlicher und viel billiger. Aber zugleich weiss ich auch, dass es Dinge und Probleme im menschlichen Leben und Zusammenleben gibt – und immer geben wird, die weder vom Staat noch vom Markt gelöst werden können, und welche sich, losgelöst von aller Transzendenz, nur in Ängsten, Süchten und Fanatismen, in abergläubischen Kulte und Sekten, in pathologischen Triebexzessen und Haltlosigkeiten, in Verzweiflung und Depression, in sinnentleertem Dasein und hektischer Betriebsamkeit manifestieren können – was zusammengenommen dann wiederum auf die sozio-ökonomische Ordnung einer Gesellschaft in ungunstiger Weise zurückzuschlagen pflegt.

Das Abendland mag – hoffentlich – im kommenden Jahrhundert und Jahrtausend freier werden von den furchtbaren Klammergriffen Leviathans, von den eisernen und blutigen Würgegriffen des totalitären Staates ebenso wie von den angeblich zärtlichen und fürsorglichen Umarmungen des Sozialstaates, die genauso strangulieren – nur eben langsamer. Aber es wird niemals frei werden von diesen oder anderen letztlich zerstörerischen Götzenkulte, wenn es nicht zu seinem Glauben an den christlichen Gott zurückkehrt. Das werden uns, vielleicht rascher als wir ahnen, fremde Götter lehren, deren Namen nicht dem biblischen Vokabular entstammen.

Gibt es einen positiven Ausblick? Kann die Freiheit, wenn schon nicht in der Vergangenheit so doch wenigstens in der Zukunft eine deutsche oder europäische oder besser noch weltweite Idee werden? In seinem hochinteressanten neuesten Werk «Geschichte der Staatsgewalt» beschäftigt sich der Freiburger Professor für Neuere Geschichte, *Wolfgang Reinhard*, eingehend mit dieser Frage. «*Es wäre naiv*», schreibt *Reinhard*, «*allein von einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung die definitive Überwindung des totalen Staates zu erwarten, zumal sie wahrscheinlich ohnehin nur eine weiche Variante des totalen Staates ist, weniger wegen personeller Kontinuitäten als wegen der strukturellen Verwandtschaft dieser beiden Endstufen von 1000 Jahren Wachstum europäischer Staatsgewalt. Wie der allmähliche Abbau der verfassungsmässigen Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, sind sie auch beim demokratischen Staat, dem das Grundgesetz ihre Garantie anvertraut hat, keineswegs in den besten Händen.*» (S. 479)

Strukturwandel als Hoffnung

Reinhard stellt einen irreversiblen Strukturwandel der Staatsgewalt in folgenden Tendenzen fest:

Erstens: Die weltweit unübersehbare Tendenz, sich nicht mehr mit Staaten zu identifizieren, sondern mit kleineren Einheiten, Gruppen und Bewegungen. «*Immer mehr Menschen verlagern ihre emotionale Primäridentität von der Staatsnation auf ihre ethnische Gruppe, fühlen sich zuerst als Flamen und Waliser und erst in zweiter Linie, wenn überhaupt noch, als Belgier oder Briten.*» (S. 511 f.) Diese Bewegung umfasst auch «Lebensart»-Gruppierungen wie Ökobewegte, Homosexuelle, Musik- und Sport-Monomanen und Sekten aller Art. Die Entwicklung ist jedoch doppelgesichtig. Einerseits bedeutet sie Widerstand gegen den weltanschaulich neutralen Vereinheitlichungsdruck des modernen Staates, andererseits sind diese Gruppierungen oft fundamentalistisch und somit latent totalitär.

Zweitens: Der mehr oder weniger grosse Tätigkeitsanteile ausmachende Rückzug vieler Bürger in die staatsfreie Schattenwirtschaft, der eine Form des Staatszerfalls darstellt.

Drittens: Eine weitere Schwächung des Staates durch den Wegzug von Unternehmen und Wohlhabenden in steuergünstige Kleinstaaten.

Es wäre naiv, allein von einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung die definitive Überwindung des totalen Staates zu erwarten.

Viertens: *Reinhard* setzt einige Hoffnung auf die EU. Einer seiner Sätze lautet: «*Der Sozialstaat ist auf nationaler Ebene finanziell am Ende und daher auf Gemeinschaftsebene erst recht nicht mehr zu verwirklichen.*» Er wäre aufgrund seiner Ausgabenexzesse, mit denen er sich Macht und Gefolgschaft erkaufte, schon längst zusammengebrochen, wenn er nicht die Möglichkeit hätte, sich zu Lasten künftiger Generationen nahezu unendlich zu verschulden. Ein Prozess, der sich wohl allmählich seinem (wahrscheinlich ziemlich dramatischen) Ende nähert.

Fünftens: Durch eine Vielzahl von Verträgen, nicht zuletzt beschleunigt und gefördert durch die EU, sind die Staaten übernational in einer Weise vernetzt und gebunden, die mit den Kategorien eines Völkerrechts souveräner Staaten nicht mehr angemessen erfasst werden kann. Möglicherweise, so *Reinhard*, nähern wir uns einer Welt, in welcher die Staaten selber zunehmend die Notwendigkeit von staatslosen Regierungen akzeptieren.

Seltsamerweise fehlt bei *Reinhard* die internationale Vernetzung durch die moderne Kommunika-

tions-Elektronik, welche sich gegenüber den Staatsgewalten erhebliche Freiräume verschaffen kann. Freilich ist auch sie wiederum janusköpfig, denn sie eröffnet ihrerseits die Möglichkeit zum totalen Zugriff auf alle privaten Informationen.

Alles in allem bin ich der Meinung, dass der besagte Strukturwandel einiges, aber nichts Entscheidendes zur Verbesserung der Bürgerfreiheit beitragen wird. Um einen nennenswerten Raum persönlicher Freiheit aus den Händen des politischen Machtkartells zurückzugewinnen zu können, scheint mir nach wie vor die Hayeksche Idee vom «Konkurrierenden Privatgeld» am wirksamsten zu sein. Die Liberalen und Freiheitsdenker Europas und der Welt sollten sich mit diesem Thema viel intensiver befassen.

Die Freiheit war schon immer eine Idee, die sich nur in wenigen Köpfen und Herzen fest verankern konnte. Sie war und ist weder eine deutsche Idee,

noch die irgendeiner anderen Nation. Doch wenn man sie schon – eher scherzhaft – aufgrund einzelner Personen und deren nationaler Zugehörigkeit einem Land zuordnen möchte, dann würde ich dafür plädieren, sie eine chinesische Idee zu nennen, denn schon 350 Jahre vor Christus hat der chinesische Philosoph *Tschuang-Tse* gesagt: «Das gibt es, die Menschheit in Ruhe zu lassen; das gibt es nicht, die Menschheit zu regieren.» ♦

ROLAND BAADER, Diplom-Volkswirt, Jahrgang 1940, studierte Nationalökonomie und Soziologie an den Universitäten Freiburg i. Br. und München. Von 1968 bis 1985 Industriemanager und Unternehmensleiter. Ab 1988 freier Autor. Mitglied der Mont Pèlerin Society sowie der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft. Publikationen: «Kreide für den Wolf» und «Die Euro-Katastrophe» (als Herausgeber). «Die Enkel des Perikles» und «Wider die Wohlfahrtsdiktatur», «Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaates», «Die belogene Generation» – alle im Resch Verlag, Gräfelfing.

TITELBILD

VERBINDLICHKEIT UND TRUG

Jacques-Louis Davids «La mort de Marat» und das Vertrauen in das Wort.
Titelbild und Illustrationen des Dossiers



«Kampf um Begriffe – die Sprache der Politik»
Jacques-Louis David
(1748–1825), *Der tote Marat*, 1793, Öl auf Leinwand, Brüssel, *Musées Royaux des Beaux-Arts*.

Wer bedeutende Botschaften per Brief übermittelt, begibt sich der Möglichkeit mit seiner eigenen physischen Gegenwart dem Geschriebenen Nachdruck zu verleihen – oder bei Bedarf gar rückgängig zu machen. Franz Kafka sah darin einen Vorteil. Aus Angst, seine Anwesenheit könnte seinen Eheantrag kompromittieren, bittet er per Brief um die Hand seiner Verlobten Felice Bauer, und als sei er gar nicht daran interessiert, dass der Brief auch wirklich ankommt, wirft er ihn nicht erst gar nicht selbst in den Briefkasten, sondern vertraut diese Aufgabe einem Unbekannten an, der von nichts weiss. Briefschreiber sind in der Regel der Überzeugungskraft ihrer Formulierungen sicher, und Briefempfänger haben wenig Anlass, an der Aufrichtigkeit des Absenders zu zweifeln. Zumindest setzten die Kunst und die Literatur diese Auffassung voraus, um aus der Täuschung des Vertrauens die grossen Tragödien entstehen zu lassen. Kunst und Wirklichkeit vereint der französische Revolutionsmaler Jacques-Louis David, als er, offiziell dazu beauftragt, Jean-Paul Marat, den aus Neuenburg stammenden Führer der Sanskulotten im französischen Nationalkonvent, von Charlotte Corday ermordet in seiner Badewanne, malte. Der jungen Adelligen, die mit den Girondins, der libe-

ralen Händler- und Unternehmer-Partei, sympathisierte, war Marat, der «Ami du peuple», verhasst. Doch die Aufbruchstimmung unter den verschiedenen revolutionären Parteien schloss keine Koalitionen von vornherein aus, und so wundert es nicht, dass Marat Corday empfing. Als vielbeschäftigter Mann freilich tat er dies in der Badewanne, wo er Linderung für seine Hautkrankheit suchte. Wie sollte er auch Misstrauen hegen? Hatte sich *Charlotte Corday* nicht mit einem Billett angekündigt, auf dem zu lesen war: «Il suffit que je sois bien malheureuse pour avoir droit à votre bienveillance.» Das Eis schien durch diese Zeilen gebrochen. Marat liess seine Mörderin zu sich.

Zahlreich sind die Werke in der Kunstgeschichte, die den Wahrheitsgehalt des Wortes eternalisieren. Briefe erhaltende- und Briefe lesende Frauen wurden vom 17. Jahrhundert an beliebte Themen der Malerei, denn die Sphäre des Intimen und der Familie, in der Briefe ausgetauscht wurden, geriet bei den Malern in eine motivische Konkurrenz zu Wirtschaft und Politik, der Domäne der Männer. Das Dossier dieser Ausgabe der «Schweizer Monatshefte» illustrieren drei Werke von Rubens, Spitzweg und Steinlen. In ganz unterschiedlicher Weise thematisieren sie alle das Vertrauen in das geschriebene Wort und geben doch auch die Möglichkeit der Enttäuschung zu bedenken.

MICHAEL WIRTH